

## Statement der FIDS

Die Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) hält es für ihre Pflicht, ihren offiziellen Standpunkt zur umstrittenen und viel diskutierten Antiminarettinitiative klar dazulegen.

Im Frühjahr 2007 haben einige Exponenten von der rechtsgerichteten SVP und EDU Schweiz. eine eidgenössische Volksinitiative lanciert mit der Kernaussage:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 72 Abs. 3 (neu)

**“Der Bau von Minaretten ist verboten.“**

Am 08. Juli 2008 wurden der Bundeskanzlei in Bern 113 540 gesammelten Unterschriften eingereicht.

Am 28. Juli 2008 stellt die Bundeskanzlei fest, dass die Initiative gültig zu Stande gekommen ist.

**Am 29. November 2009 wird das Volk an der Urne über sie abstimmen.**

Die wichtigsten Positionen und Stellungnahmen in Kürze:

Am 27. August 2008 gab die Bundeskanzlei namens des Bundesrates die folgende Erklärung zur Initiative „Gegen den Bau von Minaretten ab“:

- Das Volksbegehren steht im Widerspruch zu zahlreichen in der Bundesverfassung verankerten Grundwerten unseres Staates, so zum Prinzip der Rechtsgleichheit (Art. 8 BV), der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 15 BV), der Eigentumsgarantie (Art. 26 BV), dem Verhältnismässigkeitsprinzip (Art. 5 Abs. 2 BV) und dem Gebot der Beachtung des Völkerrechts (Art. 5 Abs. 4 BV).
- Die Initiative verstösst zu dem gegen eine Reihe international garantierten Menschenrechte, so gegen die Artikel 9 (Religions- und Weltanschauungsfreiheit) und 14 (Diskriminierungsverbot) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie gegen die Artikel 2 (Diskriminierungsverbot) und 18 (Religions- und Weltanschauungsfreiheit) sowie möglicherweise auch Artikel 27 (Minderheitenschutz) des UNO-Paktes über die bürgerlichen und politischen Rechte (UNO-Pakt 2).

Die vielen aufgeklärten Menschen in der Schweiz sehen in der Initiative einen Angriff auf die verankerten Grundwerte und Grundrechte der Schweiz an, ebenso ist Sicht der Interessenverbände, der politischen und der kirchlichen Institutionen im Lande.

Der Schweizer Rat der Religionen, bei dem, die gewählten Spitzenvertreter ihrer Glaubensgemeinschaften als Delegierte und Expertinnen vertreten sind, hat am 02. September 2009 eine gemeinsam ausgearbeitete schriftliche Stellungnahme im Rahmen einer Pressekonferenz in Bern abgegeben.

## FIDS - Erklärung

Die in der FIDS vertretenen islamischen Dachorganisationen geben folgende Erklärung ab:

1. Alle bisher sachlich geäusserten Meinungen und abgegebenen Erklärungen zur Ablehnung der Umstrittenen Initiative werden von uns begrüsst ganz besonders die zitierten politischen und religiösen Institutionen. Allen drücken wir hiermit unseren herzlichen Dank aus.
2. **Als Teil der Schweizerischen Gesellschaft respektieren wir alle demokratischen Prozesse in der Schweiz, inklusive das Initiativenrecht**
3. Als Teil der Schweizerischen Gesellschaft lehnen wir Antiminarett- Initiative als unausgedacht, diskriminierend und desintegrativ ab und setzen uns für sachliche Diskussionen und Nichtpolarisierung der Gesellschaft.
4. **Als hierzulande lebende Muslime wollen wir nicht länger als Zielscheibe der Populisten im Lande sein, noch wollen wir als Zaungäste betrachtet oder hingenommen werden. Als Bürger und Bewohner in diesem Lande wollen wir unsere Verantwortung zu den Geschehnissen in ihm wahrnehmen und uns für unsere Handlungen und Taten gemäss der Bundesverfassung und der hier geltenden Gesetze in die Pflicht nehmen lassen.**
5. Als hier lebende Muslime sind wir Willens und Bereit unseren konstruktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Ordnung im Lande zu leisten und setzen uns ausdrücklich und entschieden gegen Gewalt, Terror, Extremismus und destruktiven Populismus.
6. Wir verurteilen Diskriminierungen jeglicher Art und rufen zu Gerechtigkeit und Respekt voreinander auf, und zur Einhaltung der Menschenrechte ohne Unterschiede oder Privilegien..
7. Wir sind sicher, dass das föderalistisch ausgestaltete, differenzierte System der Beziehungen zwischen Religionsgemeinschaften und Staat in der Schweiz, wie es heute gut funktioniert, auf der Erkenntnis beruht, dass die Schweiz nur im Zusammenwirken verschiedenster, eben auch religiöser Minderheiten bestehen kann, und nicht in Bekämpfung derer.
8. Wir rufen die Initianten zur sachlicher Argumentation auf und die Menschen im Lande sich nicht aufhetzen zu lassen.

Dr. Hisham Maizar, FIDS Präsident

Bern, den 05. Nov. 2009